

„Brüssel in die Schranken weisen“

Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Francois Hollande haben sich für einen Vollzeitpräsidenten für die Eurogruppe ausgesprochen. Über mögliche Konsequenzen, Europas Sparkurs und das deutsch-französische Tandem sprechen wir mit der Politikwissenschaftlerin Sabine Riedel.

■ Kann Hollande an seinem Kurs der Reformverweigerung festhalten?

Der französische Präsident wird weiter lavieren müssen zwischen der Einlösung seiner Wahlversprechen und der Notwendigkeit, Reformen im eigenen Land anzugehen, um die Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen. Doch vor dieser Herausforderung stehen auch alle anderen EU-Mitgliedstaaten.

■ Hollande verbittet sich wörtlich „jedes Diktat aus Brüssel“...

Wenn sich Frankreich gegen Ratschläge von außen wehrt, indem es sich auf seine nationale Souveränität beruft, so sollte es dieses Recht auch den anderen zugestehen. Vielleicht liegt der Schlüssel zur Lösung der Schuldenkrise in der Stärkung der Eigenverantwortung.

■ Wird Frankreich zum Sprengsatz für Europa?

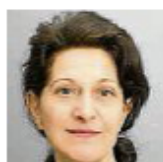
Zum Sprengsatz für Europa kann ein EU-Mitgliedstaat nur dann werden, wenn er sich dieser Eigenverantwortung verweigert und das Projekt der Europäischen Union dazu missbraucht, die eigenen Probleme und Schulden auf die Schultern der Nachbarn abzuladen.

■ Paris und Berlin fordern einen „Vollzeitpräsidenten“ für die Eurogruppe – eine ernstzunehmende Option?

Dies ist eine ernstzunehmende Option. Allerdings stellt sich die Frage, ob eine Institutionalisierung des Amts des Eurogruppenchefs zur Lösung der aktuellen Krise beiträgt. Dies kann und sollte man hinterfragen. Nach den jüngsten Vorschlägen aus Paris soll diese Position zukünftig unabhängig vom Kreis der amtierenden Finanzminister der Eurozone besetzt werden. Wenn Frankreich damit jedoch die Hoffnung verbindet, dieses Amt für sich reklamieren zu können, dann geht es dabei weniger um eine europäische Konsensfindung, sondern eher um nationale Interessenpolitik.

■ Was hätte ein solches Amt für einen Sinn, wenn Frankreich keinen Einfluss Brüssels akzeptieren will?

In diesem Punkt ist zunächst Frankreich zuzustimmen, wenn es die Kommission in ihre Schranken verweist. Denn mit dem Vertrag von Lissabon, der Ende 2009 in Kraft trat, wurde kein Unionsstaat geschaffen, sondern vor allem die



Prof. Sabine Riedel

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Magdeburg.

zwischenstaatliche Zusammenarbeit gestärkt. So ist die Kommission (noch) keine europäische Regierung, sondern immer noch Hüterin der Verträge. Denn sie wurde von keinem europäischen Volk gewählt, vielmehr von den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten eingesetzt. Dennoch zieht die Kommission derzeit immer mehr nationalstaatliche Kompetenzen an sich. Vor diesem Hintergrund ist der französische Vorschlag zur Aufwertung des Eurogruppenchefs zu verstehen, weil er genau genommen die Kommission zu

gunsten der nationalstaatlichen Ebene schwächt.

■ Steht mit der angekündigten Lockerung der Defizitkriterien für diverse Schuldenstaaten Europas Sparkurs vor dem Ende?

Leider hat sich in Folge der Schulden- und Finanzkrise innerhalb der EU eine Kultur der Regelverstöße etabliert. Mit der Aufweichung der Defizitkriterien wird diese weiter verfestigt. Gleichzeitig entscheidet die EU-Kommission nach Gutdünken, welche Staaten gerügt und welche geschont werden. Das beschädigt die Rechtssicherheit und verschiebt den Schuldenabbau entweder auf andere Länder oder auf zukünftige Generationen. Zugleich müssen wir feststellen, dass die derzeitigen Prioritäten der Sparpolitik eher zu einer sozialen Spaltung der europäischen Gesellschaften führen als zu einer wirksamen Bekämpfung der Ursachen der Staatsverschuldung.

■ Was wäre also zu tun?

Zur Staatsverschuldung tragen weniger die Sozialausgaben bei, sondern in einem weit größeren Ausmaß die unzureichenden Steuereinnahmen. Solange einige EU-Mitgliedstaaten mit Niedrigsteuersätzen Investoren anziehen oder sich sogar als Steuerparadies anbieten, sollten sie nicht mit der Solidarität der europäischen Steuerzahler rechnen dürfen. Deshalb sollten zuerst Steuerhinterziehung bekämpft und Steuerparadiese innerhalb und außerhalb Europas geschlossen werden, bevor die Axt an den Sozialstaat gelegt wird.

■ Kann aus Merkel und Hollande noch ein Tandem werden?

Das ist davon abhängig, in welche Richtung und mit welchem Tempo das Tandem fahren wird: Wenn es auf dem Weg zur Lösung der Finanz- und Schuldenkrise die restlichen EU-Mitgliedstaaten mitnimmt und auch weiterhin mit ihnen das Kursziel bestimmt, kann es gut funktionieren.

■ Und wenn nicht?

Sollte sich das Tandem vom Rest der EU absetzen, droht eine Abspaltung des Euroraums vom Rest der EU. Dazu gehören übrigens Großbritannien, Dänemark und Schweden als Nettozahler. Dieses Modell eines „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ wird nicht nur die sozioökonomischen Unterschiede vertiefen und die schwächeren Länder auf Dauer von der Solidarität der übrigen Staaten abhängig machen. Das Tandem sollte deshalb nicht nur die Schuldenkrise im Blick haben, sondern auch eine drohende Krise des politischen Systems der EU und deren Mitgliedstaaten.

Interview: Ivs